27 Juli 1951

SCHWEIZ

Kirche und Staat im Kanton Bern

7400

* Man sollte zunächst annehmen, das Verhältnis von Kirche und Staat sei im Kanton Bern kein anderes als in anderen Schweizer Kantonen auch, mit der Ausnahme, dass es ein besonders enges und herzliches sei, da der Kanton Bern die Trennung von Kirche und Staat nicht kennt. Nun ist dieses Verhältnis jedoch von der Art, dass sich die Staatskanzlei des Kantons Bern zur Herausgabe einer Dokumentation genötigt sieht, die auf 75 Druckseiten der Orientierung des Grossen Rates dient und sich als «Beitrag zur Diskussion» bezeichnet, die demzufolge im Kanton Bern zwischen Kirche und Staat im Gange ist. Zum weitaus überwiegenden Teil allerdings handelt es sich offenbar um eine Diskussion zwischen dem Berner Erziehungs- und Kirchendirektor Regierungsrat M. Feldmann und dem Basler Theologieprofessor D. Karl Barth. Ein Briefwechsel zwischen diesen beiden füllt mehr als zwei Drittel der Broschüre.

Die Veranlassung zu dieser Auseinandersetzung ist äusserlich die, dass der bernische Erziehungs- und Kirchendirektor anlässlich der Behandlung des Verwaltungsberichtes der Kirchendirektion des Kantons Bern am 13. September 1950 vor dem Grossen Rat einerseits auf verschiedene Schwierigkeiten zu sprechen gekommen ist, wie sie sich aus den Richtungskämpfen innerhalb der reformierten Landeskirche ergeben haben. Andererseits war es die Einstellung der evangelisch-reformierten Landeskirche zum demokratischen Staat Bern überhaupt, die zur Debatte stand, da verschiedene Äusserungen vermuten liessen, dass — wenn nicht die Kirche so doch einzelne Wortführer der Kirche — mit betonter Distanz Stellungnahmen zu Staat und Demokratie. Von besonderem Interesse war dabei ein Vortrag von Prof. Karl Barth im Berner Münster am Kirchensonntag 1949, in welchem der Kirchendirektor — und nicht er allein — eine «auffallende Verbeugung» vor Stalin meinte feststellen zu müssen, wenn Karl Barth «einen Mann von dem Format von Joseph Stalin» nicht in einem Atemzug mit den «Scharlatanen» des Dritten Reiches genannt haben wollte.

Es kamen hinzu verschiedene politisch gemeinte oder doch politisch verstandene Kanzel-Äusserungen wie etwa der Protest des auch in Basel bestens bekannten Berner Münsterpfarrers W. Lüthi gegen den bundesrätlichen Aufruf zur Vorratshaltung oder eine Synodalpredigt von Pfr. Leuenberger, in der sich ein allgemeiner Vorbehalt der Kirche gegenüber der gesamten staatlichen Sphäre eindeutig gegen den Berner Staat zu richten schien. Verschärfend wirkte im Zwielficht der Missverständlichkeiten, dass der «Vorwärts» alle diese Dinge aufgriff und ihnen, indem er sie direkt als Wasser auf seine eigenen Mühlen leitete, einen eindeutigen Sinn gab, den sie ohne dies wohl gar nicht gehabt hätten.

Der Berner Kirchendirektor versteht sein staatliches Amt dahin, dass er nicht einfach administrative Aufgaben zu besorgen hat; er will nicht nur der Briefkasten sein, um Gesuche für neue Pfarrstellen entgegen zu nehmen. Er hat vielmehr dem Staat und den staatlichen Behörden gegenüber die Interessen der Kirche, namentlich ihre äusseren Lebensbedingungen wahrzunehmen; er hat aber auch der Kirche gegenüber dort, wo Schwierigkeiten entstehen, mit aller Bestimmtheit den Standpunkt des Staates zu vertreten, wie er sich aus Verfassung und Gesetz ergibt. Dazu sah er sich genötigt, und ob dieser «Bestimmtheit» ist es im Kanton Bern zu einer Art «Kirchenkampf» gekommen, der mit der eingangs erwähnten Dokumentation seitens der Staatskanzlei noch keineswegs abgeschlossen ist: der Briefwechsel zwischen dem bernischen Kirchendirektor und dem Basler Theologieprofessor schliesst, nach zweimaligem Schriftwechsel, mit der Feststellung, dass ein Gespräch von Mann zu Mann zur Zeit nicht möglich sei!

Man wird sagen dürfen, dass ein «Kirchen-

sehen lassen können. Andererseits ist aber die Meinung auch die, dass, im Blick auf die Dinge, auf die es der Kirche eigentlich ankommt, die Unterschiede zwischen dem und jenem Staat und sogar zwischen der und jener Staatsform so beträchtlich nicht sind, dass wir uns auf die relative Güte unserer Staatlichkeit viel oder gar etwas Absolutes zu Gute tun dürften. Die Kirche meint, dem Staat und sogar unserem Staat und sogar dem Kanton Bern wenn nicht einen Gefallen zu erweisen, so doch einen sehr notwendigen Dienst zu tun, wenn sie ihm das immer wieder einmal zu bedenken gibt. Und sie tut ihm auch einen Dienst damit. Es ist für einen Staat, gerade wenn er im Kampf um seine äusseren und inneren Existenzgrundlagen steht, wie das die Demokratie und auch unsere Demokratie heute zweifellos tut, dringend notwendig, an seine Schranken immer wieder erinnert zu werden. Die Kampf- und Abwehrsituation nämlich, in welcher der demokratische Staat heute sich befindet, hat es an sich, dass leicht verabsolutiert wird. Und absolute Demokratie ist in keinem so sehr anderen Sinne eben auch absoluter Staat, wie er uns vordemonstriert worden ist und vordemonstriert wird — und wovor uns Gott behüten wolle.

Andererseits müsste auf Seiten der Kirche Verständnis dafür vorhanden sein, dass ihr politisches Wort, das sie zu sagen hat, den allgemeinen politischen Spielregeln untersteht, wie sie im Bereich unserer Politik nun einmal gelten. Das heisst, dass es der Diskussion unterliegt.

Es gibt bei uns keine diskussionslose Politik, auch nicht von der Kanzel herunter.

Da es nun einmal nicht üblich ist, die Kirche in einen Debattierklub umzuwandeln, muss sich das politische Wort der Kirche und ganz besonders das politische Wort des Pfarrers gefallen lassen, eben hinterher in Diskussion gezogen zu werden. Damit wird weder der Kirche noch dem Pfarrer zu nahe getreten. Wenn es nur das Wort ist, das er wirklich seinem Auftrag gemäss zu sagen hat, dann erträgt es solche Diskussion ohne weiteres. Und dass er selber — der Pfarrer und auch der Theologieprofessor! — Diskussion ertrage, wird man wohl erst recht voraussetzen dürfen.

Kirche und Staat im Kanton Bern könnten, mit diesem gegenseitigen Verständnis, durchaus noch einmal reden miteinander. Erst ein Gespräch auf dieser Voraussetzung könnte klarstellen, ob allenfalls ernsthafte sachliche Konfliktstoffe vorhanden sind und welche. Es ist anzunehmen, dass sich das gegenseitige Verhältnis alsbald als ein durchaus normales herausstellen würde: zwar spannungsgeladen wie überall, wo Kirche und Staat im Spiel stehen. Aber voll gegenseitiger Verpflichtung, da es sich ja um einen demokratischen Staat gegenüber einer christlichen Kirche handelt.

189A 45004

bezeichnet, die demzufolge im Kanton Bern zwischen Kirche und Staat im Gange ist. Zum weitaus überwiegenden Teil allerdings handelt es sich offenbar um eine Diskussion zwischen dem Berner Erziehungs- und Kirchendirektor Regierungsrat M. Feldmann und dem Basler Theologieprofessor D. Karl Barth. Ein Briefwechsel zwischen diesen beiden füllt mehr als zwei Drittel der Broschüre.

Die Veranlassung zu dieser Auseinandersetzung ist äusserlich die, dass der bernische Erziehungs- und Kirchendirektor anlässlich der Behandlung des Verwaltungsberichtes der Kirchendirektion des Kantons Bern am 13. September 1950 vor dem Grossen Rat einerseits auf verschiedene Schwierigkeiten zu sprechen gekommen ist, wie sie sich aus den Richtungskämpfen innerhalb der reformierten Landeskirche ergeben haben. Andererseits war es die Einstellung der evangelisch-reformierten Landeskirche zum demokratischen Staat Bern überhaupt, die zur Debatte stand, da verschiedene Äusserungen vermuten liessen, dass — wenn nicht die Kirche so doch einzelne Wortführer der Kirche — mit betonter Distanz Stellungnahmen zu Staat und Demokratie. Von besonderem Interesse war dabei ein Vortrag von Prof. Karl Barth im Berner Münster am Kirchensonntag 1949, in welchem der Kirchendirektor — und nicht er allein — eine «auffallende Verbeugung» vor Stalin meinte feststellen zu müssen, wenn Karl Barth «einen Mann von dem Format von Joseph Stalin» nicht in einem Atemzug mit den «Scharlatanen» des Dritten Reiches genannt haben wollte.

Es kamen hinzu verschiedene politisch gemeinte oder doch politisch verstandene Kanzeläusserungen wie etwa der Protest des auch in Basel bestens bekannten Berner Münsterpfarrers W. Lüthi gegen den bundesrätlichen Aufruf zur Vorratshaltung oder eine Synodalpredigt von Pfr. Leuenberger, in der sich ein allgemeiner Vorbehalt der Kirche gegenüber der gesamten staatlichen Sphäre eindeutig gegen den Berner Staat zu richten schien. Verschärfend wirkte im Zwielflicht der Missverständlichkeiten, dass der «Vorwärts» alle diese Dinge aufgriff und ihnen, indem er sie direkt als Wasser auf seine eigenen Mühlen leitete, einen eindeutigen Sinn gab, den sie ohne dies wohl gar nicht gehabt hätten.

Der Berner Kirchendirektor versteht sein staatliches Amt dahin, dass er nicht einfach administrative Aufgaben zu besorgen hat; er will nicht nur der Briefkasten sein, um Gesuche für neue Pfarrstellen entgegen zu nehmen. Er hat vielmehr dem Staat und den staatlichen Behörden gegenüber die Interessen der Kirche, namentlich ihre äusseren Lebensbedingungen wahrzunehmen; er hat aber auch der Kirche gegenüber dort, wo Schwierigkeiten entstehen, mit aller Bestimmtheit den Standpunkt des Staates zu vertreten, wie er sich aus Verfassung und Gesetz ergibt. Dazu sah er sich genötigt, und ob dieser «Bestimmtheit» ist es im Kanton Bern zu einer Art «Kirchenkampf» gekommen, der mit der eingangs erwähnten Dokumentation seitens der Staatskanzlei noch keineswegs abgeschlossen ist: der Briefwechsel zwischen dem bernischen Kirchendirektor und dem Basler Theologieprofessor schliesst, nach zweimaligem Schriftwechsel, mit der Feststellung, dass ein Gespräch von Mann zu Mann zur Zeit nicht möglich sei!

Man wird sagen dürfen, dass ein «Kirchenkampf» nun nicht gerade das ist, was wir zur Zeit — in Staat und Kirche, Kirche und Staat — am nötigsten brauchen. Man wird freilich auch sagen müssen, dass Klarheit in den gegenseitigen Beziehungen nötig ist und dass, sofern die im Gange befindlichen Auseinandersetzungen dazu beitragen, sie von Gutem sind. Ob sie das tun, ist allerdings die Frage.

Die Sprache, in welcher der bernische Kirchendirektor und der Basler Theologieprofessor miteinander reden, ist, wenn schon beide deutsch reden, nicht dieselbe. Dass sie sich schon nur aus diesem Grund nicht verstehen konnten, war anzunehmen — ganz abgesehen davon, dass sie in der Tat ernsthafte sachliche Differenzen gegenseitig auszumachen gehabt hätten. Dazu ist es gar nicht erst gekommen.

Zwei Punkte vor allem sind es, die hätten gegenseitig klargestellt werden müssen und die weiterhin der Klarstellung dringend bedürfen. Heute sogar dringender als je. Denn wenn es zu dieser Klarstellung nun nicht kommt, dann erst beginnt der richtige «Kirchenkampf».

Auf Seiten des Staates müsste Verständnis dafür vorhanden sein oder wenn es nicht vorhanden ist, eben geschaffen werden, dass

die Kirche mit ihren Vorbehalten allem Menschlichen gegenüber vor der Sphäre des Staates nicht halt machen kann. Und zwar auch nicht vor der Sphäre unseres Staates.

Dabei ist bestimmt auch auf Seiten der Kirche die Meinung die, dass unser Staat und seine Institutionen sich, verglichen mit anderen Staaten, schon

digen Dienst zu tun, wenn sie ihm das immer wieder einmal zu bedenken gibt. Und sie tut ihm auch einen Dienst damit. Es ist für einen Staat, gerade wenn er im Kampf um seine äusseren und inneren Existenzgrundlagen steht, wie das die Demokratie und auch unsere Demokratie heute zweifellos tut, dringend notwendig, an seine Schranken immer wieder erinnert zu werden. Die Kampf- und Abwehrsituation nämlich, in welcher der demokratische Staat heute sich befindet, hat es an sich, dass leicht verabsolutiert wird. Und absolute Demokratie ist in keinem so sehr anderen Sinne eben auch absoluter Staat, wie er uns vordemonstriert worden ist und vordemonstriert wird — und wovor uns Gott behüten wolle.

Andererseits müsste auf Seiten der Kirche Verständnis dafür vorhanden sein, dass ihr politisches Wort, das sie zu sagen hat, den allgemeinen politischen Spielregeln untersteht, wie sie im Bereich unserer Politik nun einmal gelten. Das heisst, dass es der Diskussion unterliegt.

Es gibt bei uns keine diskussionslose Politik, auch nicht von der Kanzel herunter.

Da es nun einmal nicht üblich ist, die Kirche in einen Debattierklub umzuwandeln, muss sich das politische Wort der Kirche und ganz besonders das politische Wort des Pfarrers gefallen lassen, eben hinterher in Diskussion gezogen zu werden. Damit wird weder der Kirche noch dem Pfarrer zu nahe getreten. Wenn es nur das Wort ist, das er wirklich seinem Auftrag gemäss zu sagen hat, dann erträgt es solche Diskussion ohne weiteres. Und dass er selber — der Pfarrer und auch der Theologieprofessor! — Diskussion ertrage, wird man wohl erst recht voraussetzen dürfen.

Kirche und Staat im Kanton Bern könnten, mit diesem gegenseitigen Verständnis, durchaus noch einmal reden miteinander. Erst ein Gespräch auf dieser Voraussetzung könnte klarstellen, ob allenfalls ernsthafte sachliche Konfliktstoffe vorhanden sind und welche. Es ist anzunehmen, dass sich das gegenseitige Verhältnis alsbald als ein durchaus normales herausstellen würde: zwar spannungsgeladen wie überall, wo Kirche und Staat im Spiel stehen. Aber voll gegenseitiger Verpflichtung, da es sich ja um einen demokratischen Staat gegenüber einer christlichen Kirche handelt.